

Eine ganz eigene Welt: Die Klasse der Reichen hat sich vom Rest der Gesellschaft entfernt. Krise? Welche Krise?



TITEL

JEDER GIBT, WAS ER KANN?

SO SOLLTE ES SEIN. IST ES ABER NICHT.

WARUM VOM STEUERRECHT DIE FALSCHEN PROFITIEREN

Von Benedikt Becker, Monika Dunkel und Jan Rosenkranz;
Illustrationen: Klawe Rzeczy

Viel zu tun: In den nächsten Jahren muss der Staat Hunderte Milliarden in neue Brücken, gute Schulen, in die Bundeswehr und den Klimaschutz investieren



FOTOS: PANTHER MEDIA GMBH/ALAMY STOCK PHOTOS; REINHARD EISELE/PROJECT PHOTOS; ADOBE STOCK (2); IMAGE BROKER/ALAMY STOCK PHOTOS; DDP; CLAUDIA OTTE/VARIO IMAGES

W

Willkommen zum Spiel des Lebens! Das geht so: Jeder Deutsche darf für jeden Euro, den er besitzt, genau einen Zentimeter weit gehen. Startpunkt: Berlin, Brandenburger Tor. Wer kommt wie weit?

Die Hälfte der Erwachsenen würde nicht mal die 250 Meter bis zum Sowjetischen Ehrenmal schaffen, weil sie laut einer Studie des DIW nur irgendwas zwischen nichts und 22 800 Euro besitzen. Wer die knapp zwei Kilometer bis zur Siegessäule vorrücken will, braucht schon 200 000 Euro. Millionäre dürften zehn Kilometer bis zum Olympiastadion vorziehen. Die 213 Deutschen, deren Vermögen geschätzt mehr als eine Milliarde beträgt,

fliegen besser, first class, versteht sich: 10 000 Kilometer bis zum Kap der Guten Hoffnung. Und der reichste Deutsche, Lidl-Gründer Dieter Schwarz, geschätztes Vermögen über 43 Milliarden? Kann elfmal die Erde umrunden.

Man darf diese Distanz als Sinnbild dafür verstehen, wie weit sich die Klasse der Reichen vom großen Rest der Gesellschaft entfernt hat. Wie enthoben sie von den Sorgen jener Menschen ist, die im Schatten des Brandenburger Tores stehen. Von der Angst vor der nächsten Heizkostennachzahlung, vorm Tankstopp, dem Wocheneinkauf. Die Spitzengruppe im Spiel des Lebens kennt Krise allenfalls aus dem Fernsehen.

Das Vermögen der reichsten zehn Deutschen ist allein während des letzten Pandemiejahrs um rund 80 Milliarden Euro gewachsen. Aber sie sind bei Weitem nicht die Einzigen, die vom Börsen- und Immobilienboom der vergangenen Jahre massiv profitiert haben. Wer es im Spiel des Lebens bis an den Stadtrand geschafft hat, 20 Kilometer vom Brandenburger Tor, der darf als reich gelten. Wer allein von seinem Gehalt lebt, wird es kaum so weit bringen – er ist zuletzt tendenziell sogar ärmer geworden.

Umso dringender stellt sich die Frage: Wer trägt die Lasten von Corona und Ukrainekrieg? Wer zahlt am Ende die vielen Milliarden, die der

Staat in diesen Zeitenwende-Zeiten investieren muss: 100 Milliarden fürs Militär, 200 Milliarden für Klimaschutz, weitere für Digitalisierung, Brücken, moderne Schulen – und nun auch für Entlastungspakete?

Es läuft auf eine entscheidende Frage hinaus: Darf sich diese gar nicht so kleine Klasse jenseits des Horizonts der Finanzierung des Gemeinwesens weitgehend entziehen?

Sie richtet sich direkt an Christian Lindner, Finanzminister und FDP-Chef, der im Wahlkampf versprach, mit ihm werde es keine Steuererhöhungen geben. Und der auch jetzt lieber über Entlastungen spricht als über eine große Steuerreform zulasten jener, die im Spiel

des Lebens zuletzt immer mehr gewonnen haben.

Dies ist keine Neiddebatte, sondern die entscheidende Gerechtigkeitsfrage dieser Republik. Sie droht die Gesellschaft zu spalten – und sie hat das Zeug dazu, die Koalition zu sprengen. Das zeigt schon der Streit um die „Übergewinnsteuer“. Mit ihr sollen Extraprofite, die allein krisenbedingt, ganz ohne eigenes Zutun, entstehen, extra besteuert werden. Der Streit stellt das System infra- ➤

EINE FRAGE DER GERECHTIGKEIT

ge. Soll es dabei bleiben, dass jene, die viel gewinnen, das meiste behalten? Oder müssen gerade die Unternehmen und Eigentümer mehr beitragen, die nicht trotz, sondern wegen aller Krisen reicher werden – Pandemieprofiteure, Kriegsgewinnler, allen voran: die Mineralölkonzerne?

Allein in den ersten sechs Wochen des Krieges haben sie manchen Schätzungen nach in Deutschland Zusatzgewinne von mehr als einer Milliarde Euro verbucht. Ökonomen sagen, dass der Übergewinn bis zu 40 Cent je Liter Sprit betragen habe.

„Die Übergewinnsteuer wäre ein logischer Schritt“, sagt Grünen-Chefin Ricarda Lang. Auch SPD-Chef Lars Klingbeil hält eine Steuer auf Krisengewinne inzwischen für „sehr überlegenswert“. Die Länder Bremen und Berlin werben dafür, der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck lässt prüfen. Und der liberale Finanzminister? Weist kühl darauf hin, wie juristisch heikel das Vorhaben ist: „Das Steuerrecht kennt keine Unter- und keine Übergewinne, sondern nur Gewinne. Diese werden in Deutschland im internationalen Vergleich hoch besteuert“, sagt Christian Lindner.

Hat jemand „tax the rich“ gerufen?

Der Mann, der seinen richtigen Namen hier nicht lesen möchte, hat mit Erfindungen viel Geld verdient. Nein, er hat kein Mittel gegen Krebs erforscht, keine Technologie entwickelt, die das Klima rettet. Was er erfunden hat, diente nicht der Allgemeinheit – es schadete ihr sogar.

Der Mann, der hier Fabian Nielsen heißen soll, gehörte viele Jahre zu einer feinen Elite aus Anwälten, Steuerberatern und Bankern, die ihr Vermögen mit dem Vermögen anderer aufbaut, indem sie hilft, Steuern zu vermeiden. Reiche Kunden zahlten ihm „sehr, sehr viel Geld“, erzählt Nielsen. Wer ein neues Steuerschlupfloch entdeckte, wurde gefeiert. Wer das Spiel mitspielen wollte, durfte es nicht hinterfragen. Nielsen wollte. Und er spielte es gut.

Die Tricks der Steuervermeider ähneln sich: Sie verschieben Geld von einer Gesellschaft zur nächsten, von Luxemburg nach Malta und über Rumänien zurück. Es geht darum, auf dem Papier Verluste zu erzeugen, die später mit echten Ge-

winnen verrechnet werden. Klingt dubios, ist legal.

Die Reichen, erzählt Nielsen, standen Schlange, unter ihnen deutsche Familiendynastien mit tadellosem Leumund. Ihr „Mindset“ sei gleich: Gier. Ein Satz, den er oft hörte: „Der Staat nimmt mir etwas weg, und ich kriege dafür nichts.“

Da war der Automobilzulieferer, der seinen Betrieb für eine halbe Milliarde Euro an einen Konzern verkauft hatte – und nicht die Hälfte dem Finanzamt überlassen wollte. Der Milliardär, der es „empörend“ fand, dass der Sohn im Fall seines Ablebens 200 Millionen Erbschaftsteuer zahlen sollte, schließlich habe er das Geld doch selbst schon versteuert. Natürlich fand die Steuervermeidungsindustrie auch dafür ganz legale Lösungen. Ein beliebter Trick war die sogenannte Cash-GmbH. Wer seinen Kindern steuerfrei mehr als zwei Millionen Euro vermachen wollte, gründete eine Firma, um Geld in ihr zu parken. Diese GmbH hatte keine Mitarbeiter, sie produzierte nichts, verkaufte nichts, sie musste einfach nur sieben Jahre existieren. Dann kamen die Kinder an das Vermögen – und der Staat bekam keinen Cent.

Irgendwann begann Nielsen, all das zu hinterfragen – und stieg aus. Den alten Kollegen gilt er als Verräter. Nielsen ist sicher: Damit sich wirklich etwas ändert, müssten sich schon die Reichen selbst ändern.

Aber warum sollten sie das tun? Man ist reich – und zu nichts verpflichtet.

Diese Einstellung in Teilen der Geldelite nennt Antonis Schwarz „Endzeit-Dekadenz“. Er erlebt sie häufig. Da lädt ein bekannter Münchner Unternehmer auf eine Insel im Mittelmeer und fliegt die Gäste ein, im Privatjet. Während der Pandemie hätten viele prächtig verdient, sagt Schwarz. „Jetzt wird das Geld in Yachten und teuren Villen angelegt.“

Schwarz, 33, Erbe der Schwarz Pharma AG, weiß, wie sich das anfühlt: von allem zu viel zu haben. Er

war 18, als er ein zweistelliges Millionenvermögen erbte. Und beschloss, nicht Teil dieser Clique, sondern Teil dieser Gesellschaft zu werden. In den nächsten zehn Jahren will er jedes Jahr eine Million Euro spenden. Er baute die „Guerrilla Foundation“ auf, die soziale Bewegungen in Europa unterstützt. Mit weiteren Milliardären, unter ihnen Firmengründer wie IT-Unternehmer Ralph Suikat, hat er den Aufruf „Tax me now“ – zu Deutsch: Besteuert mich jetzt! – unterzeichnet. Die Forderung: höhere Steuern für Reiche. Das Ziel: weniger Ungleichheit.

Marlene Engelhorn, 30, hat die Bewegung mit angeschoben. Auch sie erbt einen zweistelligen Millionenbetrag – und will freiwillig auf einen Großteil davon verzichten. „Ich habe lediglich Glück in der Geburtslotterie gehabt“, sagt sie. Ihre Großmutter war mit einem Urenkel des BASF-Gründers verheiratet. „Vermögende sind keine Minderheit, die man davor schützen muss, faire finanzielle Beiträge zu zahlen“, sagt Engelhorn.

Eine Vermögenssteuer, die sie und ihre Mitstreiter fordern, verlangt den Reichen nicht allzu viel ab. Erst ab einem flüssigen Vermögen von mehr als einer Million Euro würde sie greifen. Für jeden zusätzlichen Euro wäre ein Prozent für den Staat fällig. Wer 1,5 Millionen Euro besitzt, zahlt 5000 Euro, nicht mal Peanuts. Mit ihrem Vorhaben treffen Schwarz, Engelhorn und ihre Mitstreiter dennoch längst nicht überall auf Verständnis. Es gibt Ärger in Familien und besseren Kreisen.

Auch Unternehmer Harald Christ schüttelt den Kopf. Der Ruf nach höherer Besteuerung ist dem Multimillionär suspekt. Was nicht nur daran liegen kann, dass Christ bis vor Kurzem Schatzmeister der FDP war, davor war er schließlich lange Zeit Sozi. Der Grund ist einfacher: Er nutze keine Tricks, er gestalte keine Steuern, sagt er, er zahle sie. Und sein Steuersatz von knapp 50 Prozent mit Sozialabgaben reiche ihm völlig. „Zahlt doch einfach!“, ruft Christ den Steuerwütigen zu. Wer sich unterbesteuert fühle, dürfe jederzeit Geld auf dieses Konto des Bundesfinanzministeriums überweisen: IBAN DE17 8600 0000 0086 0010 30 bei der Bundesbank, Filiale Leipzig.

Das „Schuldentilgungskonto“ existiert seit 2006 tatsächlich. Jeder, ▶

„DAS GELD WIRD IN YACHTEN UND VILLEN ANGELEGT“

Antonis Schwarz, Millionenerbe

Irgendwer muss zahlen: die nächsten Generationen, die Mitte der Gesellschaft – oder doch die, denen es leichtfällt?

FOTOS: MCPHOTOVARIO IMAGES, INTERFOTO/TV-YESTERDAY, IVAN SHUK/ADOBE, MAURITIUS IMAGES/BLICKWINKEL, IMAGEBROKER/JOCHEN TACK





DIE MILLIONENERBIN

Marlene Engelhorn hatte nur „Glück in der Geburtenlotterie“, wie sie sagt. Sie erbt einen zweistelligen Millionenbetrag, will aber auf einen Großteil verzichten. Engelhorn engagiert sich bei der Initiative „Tax me now“, die mehr Steuern für Reiche fordert



DIE POLITIKERIN

Sie hat die Gerechtigkeitsdebatte angestoßen: Grünen-Chefin Ricarda Lang forderte schon vor Wochen eine zusätzliche Steuer für Mineralölkonzerne, die Profiteure der Krise



DER FINANZMINISTER

FDP-Chef Christian Lindner bleibt dabei, was er im Wahlkampf versprochen hat: Mit den Liberalen in der Regierung soll es keine Steuererhöhungen geben

DER EXPERTE

Christian Kastrop kennt das deutsche Steuersystem wie kaum ein anderer. 25 Jahre lang hat er im Finanzministerium gearbeitet, heute ist er für einen Think-tank tätig. Kastrop sagt: „Man muss sich endlich vom alten Steuerkonsens trennen“



damalige Finanzminister Schäuble riesige Überschüsse und die schwarze Null zum Dogma erhoben, da kann man niemandem Steuererhöhungen erklären“, sagt Kastrop. Heute aber hält er eine Kurskorrektur für unumgänglich: „Für die Klimatransformation wird man ohne Steuererhöhungen nicht auskommen“, sagt er, „man muss sich endlich vom alten Steuerkonsens trennen.“

Zu diesem alten Konsens gehört bis heute, dass Arbeit weit stärker besteuert wird als Kapital. Schon bei gut bezahlten Facharbeitern werden Teile des Lohns mit dem Spitzensatz von 42 Prozent besteuert. Wer andere für sich arbeiten lässt, beispielsweise sein Geld, zahlt nur 25 Prozent Kapitalertragssteuer. Die perverse Logik dahinter: Arbeit läuft nicht weg, Kapital ist sehr scheu. Oder wie es SPD-Finanzminister Peer Steinbrück einst formulierte: „Besser 25 Prozent von X als nix.“

Wie schwer der Abschied von alten Weisheiten fällt, zeigt der zähe Kampf um die globale Mindeststeuer. Eigentlich soll ab 2023 dieses Instrument in Höhe von 15 Prozent verhindern, dass reiche Unternehmer ihre Gewinne auf Inselparadiesen verstecken. So haben es 130 Länder vergangenes Jahr beschlossen, es wäre nichts Geringeres als eine neue Steuerweltordnung. Olaf Scholz, damals Finanzminister der Großen Koalition, jubelte über eine „historische“ Entscheidung.



STARKE SCHULTERN MÜSSEN MEHR TRAGEN“

Christian Kastrop, Steuerexperte

Inzwischen steht so gut wie fest: 2023 wird es damit erst mal nichts. Mehrere Länder, in Europa vor allem Polen, haben das Vorhaben lange blockiert. Dabei würde die ganze Welt profitieren: 150 Milliarden Dollar könnten zusätzlich in die öffentlichen Kassen fließen – immerhin ein kleiner Teil der Summe, die den Staaten zustünde. Internationale Konzerne haben über Jahre hinweg viele Billionen Dollar Steuern durch trickreiche Verschiebung ihrer Gewinne gespart. 2020 zahlten in den USA 55 der 200 größten Konzerne keinen einzigen Cent auf ihre Gewinne. Tesla-Chef Elon Musk, reichster Mann der Welt, musste zwischen 2014 und 2018 3,3 Prozent Steuern auf seinen Gewinn entrichten, Amazon-Gründer Jeff Bezos, Nummer zwei der Welt-rangliste, lächerliche ein Prozent.

Es ist immer schwierig, globale Reformen durchzusetzen. Aber kann man wirklich gar nichts tun, nicht mal auf nationaler Ebene? Doch, sagt Stefan Bach, man könnte die Gewichte durchaus verschieben, schnell und unkompliziert sogar. Bach ist Ökonom am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Spezialgebiet: das Steuersystem. Als Erstes würde er die Erbschaftssteuer reformieren – weg mit Ausnahmen und Privilegien für Firmenerben!

FOTOS: ACTION PRESS; CAROLIN WINDEL/STERN; DPA; JENS GYARMATY/LAIF

Auch Immobiliengewinne will er höher besteuern, und Menschen mit mehr als 20 Millionen Euro Vermögen sollen ein Prozent davon abgeben. Was es bringt? Bach hat es durchgerechnet: Bis zu 22,5 Milliarden Euro könnte der Staat so jedes Jahr zusätzlich einnehmen.

Dieses Geld soll aus Sicht des Ökonomen nicht einfach im Fiskus verschwinden. Er würde es nutzen, um ein Grunderbe für alle zu finanzieren: 20 000 Euro für jeden 18-Jährigen – als Startkapital für die Ausbildung, die erste Wohnung, die eigene Firma. Was fehlt für die Umsetzung solch visionärer Konzepte: der poli-

Familien versammelt sind: Kärcher, Conrad Electronic, die Pharma-Dynastie Merck.

Die letzte Erbschaftssteuerreform 2016 konnten sie erfolgreich abschwächen. Das simple Rezept: Nimm den sympathischsten Firmentyp (Familienbetrieb), errichte eine möglichst große Drohkulisse (Jobverlust), umrühren, fertig. Gerade mal drei Stunden brauchte der damalige Cheflobbyist, um den damaligen CSU-Chef Horst Seehofer zu überzeugen, das Projekt zu beerdigen. Jahre später lobte sich der Mann im TV: „Für mich war es eine Sternstunde der Politikberatung.“

der Ampel nicht mehr von allein zu, das lange Jahrzehnt des Wachstums ist vorbei.

Nur wer zahlt dann? Die hochbelastete Mittelschicht, künftige Generationen? Oder doch diejenigen, die es sich am ehesten leisten könnten? Dann trübe es nicht nur die Superreichen, die es im Spiel des Lebens bis zum Kap der Guten Hoffnung schaffen, sondern auch jene Normalreichen am Rande der Stadt.

Christian Lindners Job wird jeden Tag schwerer. Noch steht der Finanzminister – den Rücken durchgedrückt und fest entschlossen, sein Wahlversprechen zu halten: keine

NORWEGEN
Ab/bis Hamburg

Entdecken Sie mit Ihrem deutschsprachigen Expeditionsteam die überwältigende Vielfalt der norwegischen Fjordküste mit dem **Hybrid-Expeditionsschiff Otto Sverdrup**.

Hurtigruten GmbH • Große Bleichen 23 • 20354 Hamburg
Veranstalter der Reisen ist die Hurtigruten Global Sales AS
Langkaia 1 • 0150 Oslo • Norwegen

©Agurtxane Concellon/Hurtigruten Expeditions

HURTIGRUTEN EXPEDITIONS

Expeditions-Seereise
Mai bis September 2022

15 Tage | Frühbucher-Preis ab **4.799 € p.P.***

Weitere Informationen im Reisebüro, Tel. (040) 874 084 63 oder unter hurtigruten.de

Buchen Sie jetzt

Jetzt mit **Flex-Option**

*Limitiertes Kontingent.

tische Wille. „Das obere ein Prozent hat einen überproportional großen Einfluss auf politische Prozesse“, sagt Bach. Man könnte auch sagen: In diesem Kampf trifft die Politik auf ihren freundlich lächelnden Antipoden: die Lobby der Superreichen.

Der Endgegner residiert an feinsster Adresse, auf einer Linie zwischen Brandenburger Tor und Bundestag: die Stiftung Familienunternehmen und Politik. Das riecht nach Backstube und Schwarzwälder Sägewerk, doch dahinter verbergen sich die mächtigsten Unternehmerclans. „Ihre Mitgliederliste legt die Stiftung nicht offen, aber ein Blick ins Kuratorium lässt erahnen, welche

Bei der aktuellen Bundesregierung muss die Stiftung gar nicht erst lobbyieren. Die Ampel braucht keinen Endgegner. In Steuerfragen besiegt sie sich selbst. Die FDP will keine Steuererhöhungen, aber Entlastungen. SPD und Grüne wollen Steuererhöhungen, um Entlastungen zu finanzieren. Sozialdemokraten, Grüne und Liberale lähmen sich selbst. Es war der Preis für das Zustandekommen der selbst ernannten „Fortschrittskoalition“.

Doch dann kam der Krieg, und mit ihm steigende Preise für Lebensmittel und vor allem Energie. Und die Milliarden, die für all den Fortschritt benötigt werden, fallen

Steuererhöhung. Doch um ihn herum gerät die Landschaft ins Rutschen, geschieht, was vor Wochen noch undenkbar schien, verstrickt sich die Ampel in eine Debatte, die sie unbedingt vermeiden wollte. Eine Debatte über Gerechtigkeit und Umverteilung. Die Frage ist: Wie weit wird sie gehen? ✖



Benedikt Becker (l.) und **Jan Rosenkranz** schrieben den Text auf Grundlage der Recherchen

von Monika Dunkel, Nadine Oberhuber, Rolf-Herbert Peters und Nele Spandick, **Klawe Rzczy** illustrierte die Strecke. Factchecking: Tobias Hamelmann

Zeitenwende anno 1981: US-Präsident Ronald Reagan unterzeichnet vor Vertretern der Weltpresse sein „Economic Recovery Tax Act“



TITEL

DER GROSSE IRRRTUM

Seit 40 Jahren werden Steuern für Reiche gesenkt. Schluss damit, jetzt!

Von Walter Wüllenweber

Es begann vor genau 40 Jahren, 9 Monaten und 27 Tagen. Ein ehemaliger Schauspieler saß in Jeans und Cowboystiefeln vor seiner Ranch in den Santa Monica Mountains, streichelte den Hund und unterzeichnete ein Schriftstück, das die Welt verändern sollte. Ronald Reagan hatte die Medien der Welt eingeladen, dabei zu sein, wenn er Geschichte schrieb.

Der „Economic Recovery Tax Act“ von 1981 war das, was man heute eine Zeitenwende nennen würde: Die Steuern für Reiche und für Unternehmen wurden massiv gesenkt, zuerst in den USA und Großbritannien, schließlich in der ganzen Welt.

„Reaganomics“, Reagans Ökonomie, das war weit mehr als Steuerpolitik. Es war eine Religion mit Predigern in den Business-Schulen US-amerikanischer Eliteuniversitäten. Ihre Missionare wirkten in Lobbyfabriken oder in Hollywood, wo sie die Botschaft in Filmen wie „Wall

Street“ unter den Gläubigen verbreiteten: Gier ist gut. Die wirtschaftlichen Interessen des Individuums first. Gemeinwohl ist nur was für Schwächlinge. Der Staat kann nix, Unternehmen können alles besser. Freiheit bedeutet Befreiung der Besitzer von Firmen oder Immobilien von lästigen Regeln und Steuern. „Besitzindividualismus“ nennt das der berühmte Wirtschaftsprofessor aus Oxford, Paul Collier. Das Verhältnis des Einzelnen zur Gemeinschaft brachte schließlich Reagans Schwester im Geiste, Margaret Thatcher, auf den Punkt: „So etwas wie die Gesellschaft existiert nicht.“

Schon nach wenigen Jahren, als das Staatsdefizit in den USA in die Höhe schnellte, erwiesen sich die „Reaganomics“ als Irrglaube. Okay, jeder macht mal Fehler. Allerdings ist der große Irrtum nun schon 40 Jahre alt, und noch immer verklebt er die Synapsen in der politischen Klasse und bestimmt die Richtung der Volkswirtschaften. Auch in Deutschland.

Im Zentrum der Lehre vom Segen des Egoismus steht der „Trickle-down-Effekt“: Man muss die Reichen mit Geld nur so überschütten, dann tröpfelt schon genü-

gend runter, auf die da unten. Schöne Theorie. Nur: In der Praxis tropft es nicht.

Das haben Wirtschaftswissenschaftler weltweit in unzähligen Studien nachgewiesen. Die umfassendste stammt von der London School of Economics, die Steuersenkungen für Wohlhabende in 18 Ländern über einen Zeitraum von 50 Jahren untersucht hat. Ergebnis: Die Steuergeschenke hatten keinerlei positiven Effekt auf die Wirtschaftsleistung. Und – Überraschung – keine Spur vom „Trickle-down-Effekt“. Der Geldadel hat die eingesparten Steuern komplett aufgesogen.

Für Deutschland hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) die Ungerechtigkeit berechnet: Zwischen 1998 und 2015 wuchs die Steuerlast der Ärmsten um 5,4 Prozent, während das reichste eine Prozent um knapp fünf Prozent entlastet wurde.

Die These der FDP und angeschlossener Lobbyorganisationen, Steuersenkungen für Unternehmen und Wohlhabende kämen am Ende allen zugute, ist wissenschaftlich auf derselben Ebene wie der Glaube, ein Wurmmedikament für Pferde könne Covid heilen oder im mRNA-Impfstoff sei ein Chip verborgen. Die Gesundheitspolitik folgt der Wissenschaft. In der Steuerpolitik haben Querdenker das Sagen.

Wenn von Steuern die Rede ist, sind fast ausschließlich die Einkommensteuern gemeint. Deutschland kennt jedoch mehr als 40 Steuerarten, und genau diejenigen, die besonders Wohlhabende betreffen, wurden in den letzten Jahrzehnten gesenkt oder gleich ganz abgeschafft: Körperschaftssteuer: runter. Kapitalertragssteuer: runter. Börsenumsatzsteuer: weg. Vermögenssteuer: ausgesetzt. Bis in die 90er-Jahre wurde der Staat maßgeblich von den starken Schultern getragen. Heute finanziert er sich vor allem durch die „Jedermannsteuern“: Mehrwertsteuer, Energiesteuer, Alkoholsteuer, Kaffeesteuer. Allein die Tabaksteuer bringt dem Finanzminister mehr als die Steuer auf Aktien Gewinne und Kapitalerträge.

Die Konsequenz der konsequenten Umverteilung: Rund 800 000 Mitbürgern, dem reichsten einen Prozent, gehört etwa ein Drittel des gesamten Wohlstandes. Zahlen wie im Feudalismus oder in einem afrikanischen Unrechtsstaat. Seit der Wiedervereinigung hat sich die Wirtschaftsleistung in Deutschland fast verdreifacht. Die Reallöhne der Menschen, die das alles erwirtschaftet haben, wuchsen auch. Um zwölf Prozent. Wo ist die Differenz geblieben? Ein unverschämter großer Teil landete bei den 800 000.

Die Beute haben die sich natürlich nicht allein gesichert. Vor allem die Boombranche der Steuerberater stand ihnen zur Seite. Die großen Kanzleien entwickeln ständig neue Steuervermeidungsmodelle, die kein

Sterblicher durchschauen kann. So verdoppelte sich in diesem Jahrtausend die Zahl der hoch komplizierten Steuerfälle auf den Schreibtischen der Finanzverwaltung. Im selben Zeitraum legten auch die Steuerberater um 50 Prozent zu. Aber in den Finanzämtern wurden 20 Prozent der Beamten abgebaut. Es ist, als ob der Supermarkt die Kassierer nach Hause schickt.

Die Finanzbeamten können das nur mit Galgenhumor ertragen. Ihr Lieblings-Gag: Kommt der örtliche Mittelständler zum Finanzamt, begleitet von vier hoch bezahlten Steuertricksern von Ernst & Young. Fragt die Finanzbeamtin: Warum kommt ihr denn zu viert? Antwort: Einer ist krank geworden.

Gegen die Invasion der Steuervermeidungsindustrie muss sich die Finanzverwaltung ohne schwere Waffen verteidigen. Kein Wunder, dass durch Steuerhinterziehung dem Staat Einnahmen von 125 Milliarden Euro entgehen. Jedes Jahr ein Sondervermögen.

Das Märchen der letzten 40 Jahre verkaufte den Menschen die Superreichen als Glücksfall für die Wirtschaft. Doch Kenneth Galbraith, weltweit geachteter amerikanischer Ökonom, hat das Gegenteil nachgewiesen. Er untersuchte die Gemeinsamkeiten der Börsencrashes in der Geschichte und fand heraus: Vor jedem Zusammenbruch waren die Reichen so reich geworden, dass sie nicht mehr wussten, wohin mit dem Geld. So begannen sie zu zocken und wetteten auf Tulpenzwiebeln, später auf Grundstücke, die es nicht gab, oder Anlageformen, die sie nicht verstanden. Die Lehre von Galbraith: Je reicher das eine Prozent wird, desto gefährlicher wird es für die 99 Prozent. Denn die müssen stets für den Schaden aufkommen.

Das eine Prozent wird nicht kampflös auf seine Steuerprivilegien verzichten. Die Fakten sind längst klar, die Forschungslage ist eindeutig. Doch in diesem 40-jährigen Verteilungskampf geht es nicht um Argumente. Es geht um Macht. Darum ist es Zeit, die offene Auseinandersetzung zu suchen, Zeit für einen Klassenkampf: 99 Prozent gegen das eine.

Über all die Jahrzehnte verfügte der Geldadel über ein furchteinflößendes Machtinstrument: Arbeitsplätze. Wenn ihnen die Renditen nicht reichten, wurde mit Massenarbeitslosigkeit gedroht. Doch diese Drohung hat ihren Schrecken verloren. Wegen des demografischen Wandels leidet die gesamte Volkswirtschaft unter akutem Arbeitskräftemangel. Fachkräfte sind aus und kommen auch so bald nicht wieder rein. Der perfekte Zeitpunkt für die 99 Prozent, sich endlich durchzusetzen, ist: jetzt.

Spätestens an dieser Stelle muss das altbekannte Gegenargument hervorgekramt werden: Das Gegenteil der „Reaganomics“, die Staatswirtschaft, das hatten wir schon. Und das Experiment ist krachend gescheitert. Stimmt: Der real existierende Sozialismus war auch ein gigantischer Misserfolg. Die Verteufelung des freien Unternehmertums damals war ein noch größerer Irrtum als dessen bedingungslose Verherrlichung heute. Der eine Fehler wurde korrigiert, der andere nicht.

Der Sozialismus in Deutschland, die DDR, existierte übrigens 40 Jahre, 11 Monate und 26 Tage. Das sind genau 59 Tage mehr als die bisherige Herrschaft der „Reaganomics“. Die Zeit läuft ab. ✖



DER AUTOR

stern-Autor Walter Wüllenweber beschäftigt sich seit Jahren mit dem Thema Ungleichheit in der Gesellschaft

FOTOS: MAURITIUS IMAGES/MAIDUN COLLECTION/ALAMY

IN DER STEUER- POLITIK HABEN QUERDENKER DAS SAGEN